

Vorlage an den Landrat

Fragestunde der Landratssitzung vom 11. Januar 2024
2023/655

vom 9. Januar 2024

1. Andi Trüssel: Gasversorgung in Baselland, wie weiter?

Die Gasversorgung für Baselland wird durch die IWB sichergestellt. In Basel soll ab 2026 die Gasversorgung rückgebaut werden, um so ab 2037 die Energieversorgung, vor allem mit Wärme, ohne Gas (und damit ohne CO₂-Ausstoss) zu erreichen. Für Baselland ergeben sich dadurch einige Fragen, die

- a) schlüssig beantwortet werden müssen oder
- b) sofern noch nicht erfolgt, bei den IWB schriftlich nachgefragt werden müssen.

Baselstadt wird durch diesen Rückbau, zunehmend rückläufige Erträge aus der Gasversorgung haben, was sich auf die Preisgestaltung in Baselland auswirken kann.

Beantwortung der Fragen

Die Fragen werden von der Bau- und Umweltschutzdirektion beantwortet.

1.1. Frage 1: Werden die Landschaftler für diese Mindererträge zusätzlich zur Kasse gebeten?

Der Absatz von Erdgas im Kanton Basel-Landschaft ist seit mehr als 10 Jahren rückläufig (Quelle: [Statistik BL](#)). Dieser Trend wird sich mit dem Zubau der erneuerbaren Energiesysteme weiter fortsetzen (mittlerweile werden in der Schweiz im Gebäudebereich pro Jahr mehr erneuerbare Heizsysteme verkauft als fossile). Bei sinkendem Erdgas-Absatz werden die Kosten für den Unterhalt des Versorgungsnetzes auf immer weniger Kunden verteilt, womit die Tarife für die verbleibenden Gaskunden steigen werden. Die im Energieplanungsbericht 2022 verankerte Massnahme M13 zielt darauf ab, diesen Effekt dank einer vorausschauenden Planung zwischen Gemeinden und Gasnetzbetreiber zu minimieren. Mit einer räumlichen Energieplanung werden Alternativen für die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer aufgezeigt.

Gasnetzbetreiber entrichten den Gemeinden eine Konzessionsabgabe für die Sondernutzung des öffentlichen Grundes (typisch 0.15 Rp./kWh). Mit abnehmender Erdgasnachfrage werden auch die Einnahmen der Gemeinden aus den Konzessionsabgaben abnehmen.

1.2. Frage 2: Werden die abonnierten Anschlussgebühren- / Leistung (Fr/kW) angehoben?

Wie in Antwort auf Frage 1 bereits erwähnt, werden bei sinkendem Erdgas-Absatz die Kosten für den Unterhalt des Gasnetzes auf immer weniger Kunden verteilt, womit die Netztarife für die

verbleibenden Gaskunden steigen. Ansonsten hat der Regierungsrat keine Einsicht in die Tarifgestaltung der Gasnetzbetreiber. Der Preisüberwacher untersucht regelmässig die Gastarife und rügt unangemessene Tarifierungen

1.3. Frage 3: Werden die Energiekosten (Fr./kWh), unabhängig vom Gasmarkt, angehoben?

Wie in Antwort auf Frage 1 bereits erwähnt, werden bei sinkendem Erdgas-Absatz die Kosten für den Unterhalt des Gasnetzes auf immer weniger Kunden verteilt, womit die Netztarife für die verbleibenden Gaskunden steigen. Ansonsten hat der Regierungsrat keine Einsicht in die Tarifgestaltung der Gasnetzbetreiber. Der Preisüberwacher untersucht regelmässig die Gastarife und rügt unangemessene Tarifierungen

2. Andi Trüssel: Einbrüche und Diebstähle um die Bundesasylzentren

Rund um die Bundesasylzahlen haben sich in Kürze Einbruch- und Diebstahls-Hotspots entwickelt: Allein im Kanton Thurgau wurden im Jahr 2023 bereits 1'023 Einbrüche in und Diebstähle aus Fahrzeugen verzeichnet. 2022 waren es noch 662 Fälle, 2021 365 Fälle und 2020 256 Fälle. Also fast eine Verfünffachung - in nur drei Jahren! 90% der Täter sind junge Nordafrikaner, meist aus Bundesasylzentren.

In Baselland wurde unlängst die ALST in der Grün 80 durch Basel in Betrieb genommen. Weiter ist Allschwil als temporärer Standort (regulären Planung) mit 150 Asylanten vorgesehen und als temporäre Standorte (Notfall Planung) stehen Allschwil mit weiteren 100, Aesch mit 120 und Arlesheim mit 100 Asylanten zur Diskussion.

Aus Polizeikreisen wurde mir zugetragen, dass ebenfalls Gelegenheitseinbrüche durch vorwiegend aus Algerien und Rumänien stammende Delinquenten, verübt werden.

Beantwortung der Fragen

Die Fragen werden von der Sicherheitsdirektion beantwortet.

2.1. Frage 1: Gibt es zu den oben geschilderten kriminellen Handlungen durch Asylanten verlässliche Zahlen in Baselland und wie sehen diese Statistiken aus?

Die genauen Zahlen für das Jahr 2023 werden erst mit der Publikation der Polizeilichen Kriminalstatistik 2023 (PKS 2023) im März 2024 zur Verfügung stehen. Tendenziell kann aber bereits heute festgestellt werden, dass 2023 bei den Einbruchdiebstählen ein deutlicher und bei den Diebstählen aus Fahrzeugen ein starker Anstieg zu verzeichnen ist. Bei den Einbruchdiebstählen wurde wieder der Stand von ca. 2015 erreicht. Die hohe Zahl an Diebstählen aus Fahrzeugen ist in diesem Ausmass im Kanton Basel-Landschaft neu. Wie auch schon in den letzten Jahren werden Einbruchdiebstähle vorwiegend im Unterbaselbiet begangen, während Diebstähle aus Fahrzeugen im ganzen Kantonsgebiet vorkommen. Vor allem bei den Diebstählen aus Fahrzeugen konnten in jüngster Zeit mehrere Täter in flagranti festgenommen werden, bei welchen es sich grossmehheitlich um Asylbewerber aus dem Maghreb handelte. In der Tendenz ist die Entwicklung dieser Deliktstypen auch in den anderen Kantonen des Polizeikonkordats Nordwestschweiz feststellbar.

2.2. Frage 2: Sollte in Baselland eine ähnliche Situation, wie im Kanton Thurgau entstanden sein, was gedenkt die Regierung dagegen zu unternehmen?

Die Polizei Basel-Landschaft analysiert laufend die Lageentwicklung, insbesondere bezüglich Einbrüchen und Diebstählen aus Fahrzeugen. Sie führt regelmässig gezielte Aktionen gegen diese Deliktstypen in denjenigen Gebieten im Kanton durch, in denen diese Taten gehäuft auftreten. Sie ist damit auch immer wieder erfolgreich.

2.3. Frage 3: Denkt die Regierung in Bundes-Bern auf die ausufernden Asylzahlen Einfluss zu nehmen?

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren (KKJPD), in deren Vorstand Regierungsrätin Kathrin Schweizer vertreten ist, und die Konferenz der Kantonalen Polizeikommandantinnen und Polizeikommandanten (KKPKS), die durch Kommandant Mark Burkhard präsiert wird, haben beide bereits nachdrücklich beim Staatssekretariat für Migration (SEM) interveniert betreffend die negativen Auswirkungen der ansteigenden Asylzahlen. Das SEM seinerseits hatte den ehemaligen Kommandanten der Kantonalen Polizei Zürich, Thomas Würgler, damit beauftragt, Massnahmen zur Bewältigung von Sicherheitsproblemen im Zusammenhang mit Bundesasylzentren vorzuschlagen. Es zeichnet sich ab, dass diesen Sicherheitsproblemen durch institutionalisierte und verstärkte Kooperation unter den beteiligten Behörden (Polizei, Strafverfolgungsbehörden, Migrationsämtern, SEM, Justizvollzug etc.) und durch die konsequente und landesweit einheitliche Ausschöpfung der Zwangsmassnahmen des Bundesgesetzes über Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG) gegenüber straffälligen Asylbewerbenden wirkungsvoll begegnet werden soll. Dieser Weg könnte die momentane Situation verbessern.

Liestal, 9. Januar 2024

Im Namen des Regierungsrats

Die Präsidentin:

Monica Gschwind

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich